

Diverse Politiker

Berlin,
20. Dezember 2024

Jetzt Standortsignal setzen - Solidaritätszuschlag abschaffen

Sehr geehrte.....

Charlottenstraße 24
10117 Berlin
Tel. 030 300 65-

der Standort ist in akuter Gefahr - und die Wirtschaft registriert fassungslos, dass die Bundesregierung bislang keine wirksamen Reformen anstößt. Viele Unternehmen würden gerne am heimischen Standort investieren, aber es muss sich doch rechnen! Nach der quälend langen Diskussion um den Industriestrompreis - der dann zu Recht als wettbewerbsverzerrende Subvention verhindert wurde - und angesichts des ebenso langen Streits um das inzwischen stark minimierte Wachstumschancengesetz wird die Lage für die Unternehmen immer düsterer. Was vom Wachstumschancengesetz noch übrig ist, wird kaum Wachstumsimpulse auslösen.

Wir Familienunternehmer fordern: Sorgen Sie für einen Lichtblick im dunklen Tunnel! Setzen Sie auf einen Impuls, der ganz ohne Bundesrat auskommt, und schaffen Sie den Solidaritätszuschlag ab, der inzwischen fast nur noch eine Unternehmersteuer ist

Der Zeitpunkt dafür ist genau richtig: erstens senden Sie damit ein wichtiges positives Standortsignal an die Unternehmer im Land, dass Ihre Regierung noch arbeitsfähig und gestaltungswillig ist; zweitens können die fiskalischen Auswirkungen einer Abschaffung direkt im begonnenen Haushaltsverfahren 2025 abgebildet werden; drittens ist der Erhebungszweck für den Solidaritätszuschlag im kommenden Jahr ohnehin abgelaufen, so die Bewertung der Richter am Bundesfinanzhof.

Abzuwarten, bis dies durch das Bundesverfassungsgericht höchstrichterlich bestätigt ist, nährt nur das Vorurteil, dass Karlsruhe die steuerpolitischen Reformen treibt und nicht die Bundesregierung. Die Familienunternehmer im Land haben aber zu recht die Erwartung, dass Gesetze durch gewählte Volksvertreter angestoßen werden und nicht durch Bundesverfassungsrichter nach langwierigen Verfahrenskämpfen.

Die kurzfristigen fiskalischen Auswirkungen wiederum lassen sich leicht durch Verkäufe von Staatsbeteiligungen auffangen. Wie sich dem zuletzt veröffentlichten Beteiligungsbericht des Bundes entnehmen lässt, ist der

Seite 2
zum Schreiben vom
20. Dezember 2024

Bund an 117 Unternehmen unmittelbar beteiligt. Nicht alle davon sind zwingend notwendig oder sinnvoll. Es ist jetzt höchste Zeit, dass der Staat sich in der Wirtschaftskrise auf seine unmittelbaren Aufgaben konzentriert, sich nicht länger als Unternehmer versucht und stattdessen mit den Verkaufserlösen Investitionsanreize in der Wirtschaft setzt. Die mittelfristigen positiven Auswirkungen einer solchen strukturellen Reform auf Steuereinnahmen, BIP und Beschäftigung sind immer wieder durch namhafte Institute aufgezeigt worden, die wir als bekannt voraussetzen dürfen.

Die Zeit ist reif - den Soli zu streichen ist ein Solidaritätszeichen für die strauchelnden Unternehmen und deren hiesige Arbeitnehmer.

Wir Familienunternehmer hoffen auf Ihre große Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

.....